

Antrag

der Abgeordneten Frau Hillerich und der Fraktion DIE GRÜNEN

Sicherung des Stahlstandortes Duisburg-Rheinhausen

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Krupp-Konzern hat auch in diesem Jahr wieder Gewinne erwirtschaftet, insbesondere im Maschinen- und Anlagebau.

Gleichzeitig will die Krupp Stahl AG in Duisburg-Rheinhausen das dortige Stahlwerk stilllegen und 6 000 Arbeitsplätze vernichten.

II.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß der Stahlstandort Duisburg-Rheinhausen und die dortigen Arbeitsplätze erhalten bleiben, ohne daß dadurch andere Stahlstandorte (z. B. Siegen, Bochum) gefährdet werden.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, wie sie in der Vereinbarung zwischen Gesamtbetriebsrat und Vorstand der Krupp Stahl AG festgelegt worden sind und fordert den Vorstand der Krupp Stahl AG auf, seinen darin versprochenen Beitrag ohne Abstriche zu leisten. Hierbei geht es insbesondere um die standortbezogene Konzentration der zukünftigen Investitionspolitik, um die Entwicklung von Ersatzproduktion, um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen an den Stahlstandorten und um die hierfür notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich diese Maßnahmen durch Bereitstellung öffentlicher Mittel abzusichern.

Bonn, den 10. Dezember 1987

Frau Hillerich
Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

